



Erich R. Unkrig

Interorganisationale Resilienz am Beispiel

Demokratische Resilienz

Herausforderungen und Versuch einer Definition

Februar 2021

www.ilos-institut.de

Herausforderungen und die Krisen der Demokratie

Es gibt, wie Sie, liebe Leser, es auch wissen, eine Reihe von Aspekten, die sich auf die Fähigkeit einer Demokratie auswirken, gegenüber besonderen Herausforderungen, gravierenden Veränderungen und/oder Krisen widerstandsfähig zu sein. Politische, wirtschaftliche, soziale und transnationale Kräfte können Agilität und Vitalität der Demokratie beeinträchtigen, die, wenn ihnen nicht begegnet wird, zu Krisen führen, die ihren Bestand und ihr Überleben gefährden (können).

Politische Herausforderungen ergeben sich aus vorsätzlichen Handlungen machthungriger Einzelpersonen (siehe bspw. Ungarn, Türkei), durch gespaltene Führungspersönlichkeiten ohne Interesse an den grundlegenden Regeln des politischen Miteinanders (siehe bspw. Trump) oder durch Verhaltensmuster wie Korruption (siehe bspw. den „Kölner Klüngel“).

Ein gängiges Muster in politischen Kontexten besteht darin, dass die Demokratie von eigennützigem Eliten (ob einzelne Personen, Netzwerke oder Organisationen) zu persönlicher Bereicherung genutzt wird. Das zeigt sich unter anderem in gesellschaftlichen bzw. politischen Herausforderungen wie Wahlbetrug oder Bedrohungen der Wahlintegrität, in der Anwendung gezielter politischer Gewalt gegen die Opposition und Andersdenkende, im unkontrollierten Einfluss von Geld auf die Politik (Lobbyismus), in der Verschärfung sozialer Ungleichheiten und in einem schlechten oder unterdurchschnittlichen Niveau der Performanz politischer Institutionen oder auch einem mangelhaften Einsehen bzw. fehlender Verantwortungsübernahme für getroffene Entscheidungen.

Wirtschaftliche Herausforderungen können in zwei Richtungen wirken, sowohl für als auch gegen die Demokratie. Ungleichheit und harte wirtschaftliche Zeiten können zu Forderungen nach mehr Demokratie führen (siehe die aktuellen Reaktionen auf die CORONA-Pandemie). In Verbindung mit den oben skizzierten politischen Herausforderungen untergraben wirtschaftliche Herausforderungen wie Ungleichheit, soziale Ausgrenzung und Armut den Glauben an die Fähigkeit der Demokratie, grundlegende Dienstleistungen zu erbringen bzw. sicherzustellen und die grundlegenden Bedürfnisse des Lebensunterhalts zu befriedigen. Ungleichheit und Armut untergraben den sozialen Zusammenhalt, den Demokratie braucht, um sich durchzusetzen und Bestand zu haben. Wenn sich Ungleichheit mit ethnischen, rassistischen, religiösen oder anderen Ungleichheiten überschneidet, steigt zudem das Risiko von Gewalt stark an.

Auch **soziale und demographische Faktoren** können demokratische Systeme belasten. Weit verbreitete geschlechtsspezifische Diskriminierung und Benachteiligung werden von vielen nicht nur als eine ethische Herausforderung für die Gleichstellung der Geschlechter gesehen, sondern auch als ein Faktor für die Verwundbarkeit eines Landes in internen oder sogar internationalen Konflikten. Auch wenn ethnische oder religiöse Vielfalt in der Gesellschaft nicht direkt mit demokratischer Instabilität verbunden ist, kann identitätsbasierte Mobilisierung unter verschiedenen Bedingungen die Qualität des demokratischen Miteinanders bedrohen. So bedroht eine Polarisierung gemeinsame Werte, das Finden von tragfähigen Kompromissen und des "Regierens von der Mitte heraus", das demokratische Systeme im Allgemeinen mit sich bringen. Eine solche Polarisierung erhöht das Risiko von Konflikten und erschwert die der Demokratie innewohnenden Prozesse (wie Koalitionsbildung und/oder Interessenaggregation).

Schließlich sind viele der Herausforderungen, die Demokratie betreffen, mit Bedingungen/Zwängen verbunden, die von jenseits der Landesgrenzen ausgehen. Bspw. wirkt sich der Migrationsdruck entweder direkt oder indirekt stark auf die Demokratie aus, bspw. durch soziale Polarisierung. Zwar hat Migration nachweislich einen positiven Nettoeffekt auf Gesellschaften, was die Entwicklung betrifft, jedoch haben wir erlebt, dass Debatten über Einwanderungspolitik und Reaktionen darauf für Demokratien weltweit Belastungen schaffen. Andere transnationale Spillover-Effekte sind die Ausbreitung globaler Pandemien wie COVID-19, die Auswirkungen des Klimawandels oder auch die

und die Auswirkungen nationaler Abschottung wie den BREXIT oder „America first“. Noch bedrohlicher sind mehr oder weniger stichhaltige Behauptungen über die direkte Einmischung externer Mächte in Wahlprozesse, bspw. durch Eingriffe in die IT-Sicherheit oder durch „Fake News“ in den sozialen Medien, die das Vertrauen in die Demokratie erschüttern.

Die von den hier genannten Herausforderungen, können (wie anfangs geschrieben) zu Krisen führen oder Krisen auslösen, die regionale, internationale und gar globale Auswirkungen haben können. Sie erzeugen unmittelbare Probleme und erfordern insoweit schnelle Reaktionen.

Demokratische Resilienz: Merkmale und Versuch einer Definition

Was bedeutet Resilienz, wenn wir sie mit Demokratie in Beziehung bringen? Vor allem bezieht sich Resilienz auf die Eigenschaften eines politisch-gesellschaftlichen Systems, komplexe Herausforderungen und Krisen zu bewältigen, zu überleben und sich von ihnen zu erholen, die Belastungen oder Druck darstellen, die zu einem Systemversagen führen können. Schon 2017 stellt Timothy Sisk fest, dass zu den wichtigsten Eigenschaften resilienter Sozialsysteme insbesondere gehören

- **Flexibilität** - die Fähigkeit, Stress oder Druck zu absorbieren
- **Fähigkeit zur Regeneration** - die Fähigkeit, Herausforderungen oder Krisen zu bewältigen
- **Fähigkeit zur Anpassung** - die Fähigkeit, sich als Reaktion auf eine Belastung zu verändern
- **Innovation** - die Fähigkeit, sich so zu verändern, dass die Herausforderung oder Krise effizienter oder effektiver angegangen werden kann

Dabei fußt die Resilienz einer Gesellschaft auf der Widerstandsfähigkeit

1. ihrer Individuen, Familien und Gemeinschaften,
2. ihrer Infrastrukturen und Systeme und
3. einer nachhaltigen, gerechten Wirtschaft.

Stephen Flynn formuliert dies wie folgt: „Resiliente Länder können in Krisen auf ein starkes Sozialkapital sowie robuste Infrastrukturen und Systeme zurückgreifen, mit denen sich Funktionen aufrechterhalten oder schnell wiederherstellen lassen. Zudem haben sie ausreichend Ressourcen, um Verluste auszugleichen und soziale Sicherheit zu gewährleisten.“

Was bezeichnet bzw. definiert also eine "resiliente Demokratie"? Wahrscheinlich ist das eine Beschreibung wie „eine Demokratie, die durch Flexibilität, Innovation und ihre Fähigkeit zur Regeneration und zu Wachstum in der Lage ist, komplexe Herausforderungen zu bewältigen und Krisen, die ihre Vitalität sowie ihre Qualität für das Miteinander und die Performanz ihrer Stakeholder beeinträchtigen, zu überstehen und gestärkt daraus hervorzugehen.“ Denn nur so werden wir das Vertrauen in die politischen Institutionen unserer Demokratie, insbesondere die Regierenden, wiedergewinnen. Hier sind wir heute im Hintertreffen, wie das Edelman Trust Barometer 2020 in Bezug auf das Vertrauen in Regierungen uns allen deutlich vor Augen führt: China = 90 %– Singapur = 70% - Deutschland = 45% - Frankreich = 35% Vertrauen der Bevölkerung.

